

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Christa Luft, Dr. Gregor Gysi
und der Fraktion der PDS**

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum Stand des Vereinigungsprozesses zehn Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bilanz zehn Jahre deutsche Einheit fällt gemischt aus. Vieles wurde erreicht, aber viele Chancen wurden bisher vertan. Statt ein neues, zukunftsorientiertes Gemeinwesen zu schaffen, entstand lediglich eine vergrößerte alte Bundesrepublik Deutschland. Der Aufbau Ost erfolgte weitgehend als Nachbau West. Daher gelang es bislang nicht, die Chance für ein Einschwenken auf einen sozialen und ökologischen Weg Deutschlands in einem geeinten Europa zu nutzen.

Die materielle Situation der meisten ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger hat sich in den letzten zehn Jahren zum Teil deutlich verbessert. Das betrifft vor allem die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie eine gesündere Umwelt. Spürbar ausgebaut wurde die materielle Infrastruktur, modernisiert eine Vielzahl von Wohnungen. Trotzdem fühlen sich viele als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse, weil Chancengleichheit fehlt. Das trifft in besonderem Maße auf Frauen zu. Deren Anteil an der Arbeitslosigkeit ist höher, mehr als die Hälfte der Ostfrauen können ihre Arbeitszeitwünsche nicht realisieren, von Berufswünschen gar nicht zu sprechen. Ein Großteil der teilzeitbeschäftigten Ostfrauen erzielen kein existenzsicherndes Einkommen. Erwartet werden im Osten gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei gleichen Arbeitszeiten, die Anerkennung von Berufsabschlüssen, die Angleichung des Rentenwerts, gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung und Kultur und in gesellschaftliche Führungspositionen, der Schutz rechtmäßig in der DDR erworbenen Eigentums und erworbener Ansprüche einschließlich Rentenansprüche.

Zehn Jahre Einheit zeigen, dass im ganzen Land ein Kurswechsel notwendig ist. Die Teilnahme deutscher Soldaten an Auslandseinsätzen muss beendet werden. Es darf keine Beteiligung Deutschlands an so genannten schnellen Eingreiftruppen geben. Rüstungsproduktion und Rüstungsexport müssen eingeschränkt werden.

Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine spezifischen ostdeutschen Probleme. Sie müssen generell entschieden bekämpft und ihre Ursachen beseitigt werden.

Das Verfassungsgebot der Sozialpflicht des Eigentums wird zunehmend verletzt. Große Vermögen wurden im vergangenen Jahrzehnt aus ihrer Verantwortung für die Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend entlassen. Das Recht auf freie Berufswahl steht zunehmend nur auf dem Papier. Die öffentliche Da-

seinsvorsorge wird zurückgedrängt. Das Wort wird der Privatvorsorge geredet. Hier ist ein Politikwechsel erforderlich.

Es besteht aber weiterhin die Chance, den Osten auch als Pilotprojekt für das ganze Land zu entwickeln. Eine zukunftsorientierte Politik kann dazu beitragen, dass – vor allem unter dem Gesichtspunkt der EU-Osterweiterung – der Osten Deutschlands von einer strukturschwachen Region zu einer „europäischen Verbindungsregion“ wird. Notwendig ist eine Struktur- und Förderpolitik, die sich auf regionale Potenziale konzentriert und an den Grundrichtungen europäischer Arbeitsteilung anknüpft. Für Dienstleistungseinrichtungen, die auf künftige neue Produktions- und Austauschbeziehungen in Europa ausgerichtet sind, für Zentren des länderübergreifenden wissenschaftlichen Austauschs und der Hochschul- und Forschungszusammenarbeit sowie für trans-europäische Verkehrsprojekte müssen die Weichen rasch gestellt werden. Ein wichtiges Potential für neue Arbeitsplätze liegt in der umgehenden Reaktivierung traditioneller Produktions- und Handelsbeziehungen ostdeutscher Unternehmen mit Russland.

Das alles erfordert nicht weniger, sondern mehr Investitionen. Eine zeitweise finanzielle Unterstützung auf hohem Niveau wird sich längerfristig positiv für ganz Deutschland auswirken. Die Finanzkraft der Kommunen darf nicht weiter abgesenkt, sondern muss dringend verbessert werden, damit diese ihrer Rolle als öffentliche Auftraggeber zur Belebung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe in notwendigem Maße gerecht werden können. Die Absenkung des „Transfers“ würde nicht nur den Abstand des Ostens zum Westen vergrößern, sondern infolge von Arbeitslosigkeit, niedrigem Realeinkommen sowie Perspektivlosigkeit zu noch stärkerem Abwandern junger und hochqualifizierter Arbeitskräfte führen.

Notwendig ist ein mit den Regierungen der neuen Bundesländer und Berlins abgestimmtes Programm des Bundes zur wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Elbe und Oder, das Einzelprogramme bündelt, die Fehler der Vergangenheit überwindet, das herkömmliche Förderinstrumente strukturell so ändert, dass Regionen und Kommunen flexibel über den Verwendungszweck der Gelder selbst entscheiden können, und das die Ziele und Fristen für die Öffentlichkeit kontrollfähig macht. In einem solchen abgestimmten Programm sollte vor allem die Ansiedlung von Unternehmen mit modernen Technologien, vorrangig der Informations- und Biotechnologien einen besonderen Stellenwert erhalten. In diesem Zusammenhang muss auch die Wissenschafts- und Forschungslandschaft im Osten wieder deutlich gestärkt werden. Beschäftigungspolitik sollte stärker mit der regionalen Strukturpolitik verbunden werden. Der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe sollte deutlich gefördert werden. Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik sind ebenfalls Veränderungen notwendig, um vor allem den Non-Profit-Bereich zu erweitern.

Um den Willen einer solchen Politik zu unterstreichen, sollte die Bundesregierung Modellprojekte zu besonders dringlichen Problemen fördern:

1. Eine Million Wohnungen stehen im Osten leer. Die Kosten des Leerstandes belasten viele Wohnungsunternehmen. Gleichzeitig müssen sie noch die so genannten Altschulden begleichen. In einer Reihe ostdeutscher Städte sind ganze Wohngebiete dem Verfall preisgegeben. Dieser unheilvollen Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Deshalb ist ein komplexes Maßnahmenbündel an Fördermöglichkeiten für den Osten erforderlich, das dieser Tatsache Rechnung trägt. Zunächst wäre es ein deutliches positives Signal, die Wohnungsunternehmen von den Altschulden zu befreien. Weiterhin wäre es sinnvoll, in einigen Städten wie Schwedt, Wittenberge oder Eisenhüttenstadt, in denen sich die Probleme des Leerstandes besonders zugespitzt ha-

ben, Modellprojekte zu fördern, wie dieser spezifischen Problemlage Rechnung getragen werden kann.

2. Angesichts der Jugendprobleme in vielen ostdeutschen Städte und Gemeinden, in denen neben Perspektivlosigkeit auch noch die Angebote für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung in den 10 Jahren deutscher Einheit zurückgegangen sind, ist dringend eine Umkehr erforderlich. Hier geht es um die Unterstützung der Jugendarbeit im Allgemeinen und von Projekten, die sich der antirassistischen und alternativen Jugendarbeit verschrieben haben, im Besonderen. Über das Projekt „Mobile Jugendarbeit im östlichen ländlichen Raum“ hinaus hat die Bundesregierung die „Kampagne 50 Millionen für alternative Jugendarbeit“ zu unterstützen und diese Summe für antirassistische, alternative und interkulturelle Jugendarbeit und Jugendbildung sowie für die Opferberatung zur Verfügung zu stellen.
3. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bildungsministerin, bis Ende 2001 alle Schulen in Deutschland ans Netz anzuschließen und jedem Schüler und jeder Schülerin einen Laptop zur Verfügung zu stellen. Sehr viele Schulen und Kindergärten im Osten sind stark sanierungsbedürftig. Der Anschluss ans Netz hilft wenig, wenn die Gebäude verfallen. Die ostdeutschen Kommunen können in der Regel diese Sanierungen aus Kostengründen nicht übernehmen. Ein Sonderprogramm des Bundes muss hier helfen, damit im Osten die Bedingungen für eine zukunftsorientierte Bildung geschaffen werden.
4. Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Ostdeutschland wurde in den Jahren nach der deutschen Einheit weitgehend zerstört. Zwar hat es in jüngerer Zeit einige wichtige Impulse gegeben, dennoch hat der Osten gegenüber dem Westen ein deutliches Defizit. Für die Entwicklung von neuen Technologien und die Ansiedlung von modernen zukunftsfähigen Industrien und Branchen ist die Stärkung der Forschungslandschaft im Osten eine Schlüsselfrage. Die Bundesregierung sollte ein Zeichen setzen, indem sie Technologie- und Gründerzentren oder Forschungs-GmbH vor allem auf dem Lande breit fördert bzw. die neuen Bundesländer dabei unterstützt. Beispielhaft wäre die Förderung des neu gegründeten Verbundes „BioConValley“ in Mecklenburg-Vorpommern. Dort wurde durch diese Form ein neuer Rahmen geschaffen, um die bisherigen Aktivitäten auf den Gebieten Biotechnologie/Biomedizin/Medizintechnik noch intensiver als bisher weiterzuführen. Das Programm „Innoregio“ der Bundesregierung sollte schnell ausgebaut werden, so wie das Staatsminister Rolf Schwanitz auf der Reise von Bundeskanzler Gerhard Schröder durch den Osten versprochen hat. Notwendig ist insgesamt, regionale Netzwerke aus Firmen, Forschern und Vermarktung stärker zu fördern, wie das seit langem angeregt und gefordert wird.
5. Nach 10 Jahren deutscher Einheit gibt es immer noch einen überdimensionierten Warenverkehr von West nach Ost. Umgekehrt entfallen nur ein Prozent des Umsatzes im westdeutschen Handel auf Ost-Produkte. Viele Hersteller im Osten verfügen noch nicht über die Mittel, aktiv in den Markt einzugreifen. Eine Offensive in der Marketing-Unterstützung wäre ein wichtiges Mittel, um die Absatzchancen vieler ostdeutscher Firmen – auch im Westen – zu verbessern.

Berlin, den 1. September 2000

Wolfgang Gehrcke
Dr. Christa Luft
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

